

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Fachausschusses für
Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen

Sitzungstermin:	Mittwoch, 02.05.2012
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr
Sitzungsende:	20:25 Uhr
Ort, Raum:	Besprechungsraum 1, Zimmer-Nr. 2.29, Bahnhofstraße 2 (Rathaus), 35260 Stadtallendorf,

Anwesend sind:

Frau Ilona Schaub
Herr Werner Hesse
Herr Markus Becker
Herr Jürgen Berkei
Herr Thomas Dziuba
Herr Dieter Erber
Herr Michael Feldpausch
Herr Reinhard Kauk
Herr Stephan Klenner (Vertreter für Frau Maria März)
Herr Winand Koch
Herr Klaus Ryborsch
Herr Manfred Thierau
Herr Bernd Waldheim

Stellv. STVVorsteher/in:

Herr Frank Hille

Vom Magistrat:

Herr Otmar Bonacker
Herr Christian Somogyi

Schriftführer:

Herr Klaus-Peter Riedl

Von der Verwaltung:

Herr Friedrich Greib

Entschuldigt fehlen:

Frau Maria März
Herr Hans-Georg Lang
Herr Wolfgang Salzer

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Beratung von eingegangenen Anträgen
- 2.1 Sachstandsbericht zu der Situation nach der Auflösung des Gasversorgungszweckverbandes; Antrag gem. § 14 GO der FDP-Fraktion vom 23.03.2012 (eingegangen am 26.03.2012)
Vorlage: FDP/2012/0003
- 2.2 Facebook-Präsenz für Stadtallendorf; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 11.04.2012 (eingegangen am 12.04.2012)
Vorlage: CDU/2012/0001
- 2.3 Bürgerhaushalt; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 11.04.2012 (eingegangen am 12.04.2012)
Vorlage: CDU/2012/0002
- Beschlüsse
- 3 Einrichtung eines Rechnungsprüfungsamtes im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit
Vorlage: FB1/2012/0023/1
- 4 Bürgerschaft Nahwärme Erksdorf eG
Vorlage: FB1/2012/0039
- Kenntnisnahmen
- 5 Beteiligungsbericht 2011
Vorlage: FB1/2012/0030
- 6 Genehmigung der Haushaltssatzung 2012 durch den Landrat des Landkreises Marburg-Biedenkopf
Verfügung vom 27.03.2012
Vorlage: FB1/2012/0035
- 7 Controlling/Berichtswesen zum 31.12.2011
Vorlage: FB1/2012/0032
- 8 Kinderkrippe Hofwiese Elektroarbeiten; hier: Vergabe
Vorlage: DuI/2012/0008
- 9 Mitteilungen
- 10 Verschiedenes

Inhalt der Verhandlungen:

Zu 1 Eröffnung und Begrüßung

Die Vorsitzende, Frau Stv. Schaub, begrüßt die Anwesenden, insbesondere Herrn Bürgermeister Somogyi und den Ersten Stadtrat Bonacker.

Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zur Tagesordnung ergeben sich keine Einwände. Herr Bürgermeister Somogyi zieht TOP 4 (Bürgerschaft Nahwärme Erksdorf eG) zurück, da vor einer Behandlung dieser Angelegenheit in den städtischen Gremien seitens der Genossenschaft Erksdorf noch baurechtliche und wirtschaftliche Fragen zu klären sind.

Zu 2 Beratung von eingegangenen Anträgen

**Zu 2.1 Sachstandsbericht zu der Situation nach der Auflösung des Gasversorgungszweckverbandes; Antrag gem. § 14 GO der FDP-Fraktion vom 23.03.2012 (eingegangen am 26.03.2012)
Vorlage: FDP/2012/0003**

Die Vorsitzende verweist auf den Antrag der FDP-Fraktion vom 23.03.2012. Lt. Herrn Stv. Koch ist der von ihm gestellte Antrag selbsterklärend, weshalb er auf weitere Erläuterungen verzichtet.

Herr Stv. Waldheim verweist zum letzten Absatz dieses Antrages darauf, dass die Stadt über den Landkreis Marburg-Biedenkopf bereits an einer europaweiten Ausschreibung für Gaslieferungen teilnimmt und sich dieser Teil des Antrages seiner Meinung nach insoweit erledigt habe. Nach einer allgemeinen Diskussion hierüber wird der Antrag der FDP-Fraktion vom 23.03.2012 zur Kenntnis genommen und an die Stadtverordnetenversammlung am 03.05.2012 verwiesen.

Antragstext:

Auch bei der Gasversorgung im Stadtgebiet sollte eine Preisstabilität für die Verbraucher.

Das ist oberstes Ziel unseres Antrags.

Aus diesem Grunde sollte die Stadt ihre Einflussmöglichkeiten erweitern und – falls von anderen Gebietskörperschaften gewünscht- zusammen mit anderen Kommunen ihre Einflussmöglichkeiten ausbauen.

Der früher bestehende Gaszweckverband hat seit den 70iger Jahren die Konzessionsvergabe und die Lieferverträge geregelt – diese Aufgabe ist seit der Auflösung des Verbandes vakant.

Für die FDP ist es sehr wichtig und auch Ziel des obigen Antrages, dass die Stadt sich um die Konzessionsvergabe oder die Übernahme des Gasnetzes in transparenter Weise und unter Beteiligung aller städtischer Gremien kümmert, zumal wohl europaweite Ausschreibungskriterien auch hier zu beachten sind. Hier sollte die Stadt aktiv werden und nicht passiv auf Aktivitäten von dritter Seite abwarten.

Die Aktivitäten der Stadt seit der Auflösung des Gaszweckverbandes sind bisher nicht transparent, zumal der Landkreis das Vorhaben ja aktiv fördern will.

Aus diesem Grunde ist ein Sachstandsbericht dringend geboten, weil der zur Verfügung stehende Zeitkorridor nicht unbegrenzt ist, alle Kommunen des Landkreises in Entscheidungszwang sind und insbesondere die Nachbarkommunen wohl gerne mit Stadtallendorf zusammenarbeiten würden.

Diese Zusammenarbeit ist für die FDP-Fraktion sehr wichtig, weil alle Bürger in Zeiten expoldierender Energiepreise von der zügigen interkommunalen Zusammenarbeit profitieren können.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**Zu 2.2 Facebook-Präsenz für Stadtallendorf; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 11.04.2012 (eingegangen am 12.04.2012)
Vorlage: CDU/2012/0001**

Herr Stv. Klenner erläutert den von der CDU-Fraktion gestellten Antrag vom 11.04.2012 zur „Facebook-Präsenz für Stadtallendorf“ und verweist im Hinblick auf den von der SPD-Fraktion gestellten Änderungsantrag vom 23.04.2012 darauf, dass sich die Kosten für eine solche Facebook-Präsenz in Grenzen halten dürften.

Herr Bürgermeister Somogyi weist darauf hin, dass die Einrichtung einer Facebook-Präsenz auch eine schnelle Reaktionszeit der Stadt gegenüber dem Nutzer erfordert, die dann doch wieder Kosten verursachen wird.

Vor dem Kostenhintergrund sieht Herr Stv. Hesse den Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 23.04.2012 als sinnvoll an, weil nach diesem Antrag zunächst zu prüfen ist, welche Kosten und welcher Personalaufwand bei der Einrichtung und späteren Pflege einer Facebook-Präsenz entstehen.

Herr Bürgermeister Somogyi verweist darauf, dass es auch zunächst notwendig ist, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu klären. Ebenso gibt Herr Stv. Ryborsch zu bedenken, dass die Stadt die Nutzungsbedingungen dieser Firma, die US-amerikanischem Recht unterliegt, anerkennen müsste.

Als Ergebnis der Diskussion ist festzustellen, dass sich alle Fraktionen diesem neuen Informationsmedium nicht verschließen möchten, vorher aber die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen geklärt wissen möchten. Herr Stv. Hesse kündigt an, den Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 23.04.2012 gem. dem Ergebnis der heutigen Diskussion zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 03.05.2012 entsprechend abzuändern.

Sowohl der Antrag der CDU-Fraktion vom 11.04.2012 als auch der Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 23.04.2012 wird zur Kenntnis genommen und an die Stadtverordnetenversammlung am 03.05.2012 verwiesen.

Antragstext:

Die Stadt Stadtallendorf richtet eine Facebook-Präsenz (wahlweise Profil oder Fan-Seite) ein, um aktuelle Inhalte von www.stadtallendorf.de künftig auch über diesen Weg den Nutzerinnen und Nutzern des sozialen Netzwerks zur Verfügung zu stellen und für die Stadt zu werben.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**Zu 2.3 Bürgerhaushalt; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 11.04.2012 (eingegangen am 12.04.2012)
Vorlage: CDU/2012/0002**

Die Vorsitzende verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion vom 11.04.2012 zum Thema „Bürgerhaushalt“, der von Herrn Stv. Klenner erläutert wird.

Herr Bürgermeister Somogyi bittet mit Blick auf die Tiefe des Antrages um Benennung der einen Bürgerhaushalt bereits praktizierenden Kommunen.

Zur Sache spricht auch Herr Stv. Thierau, der in diesem Zusammenhang auf seine Ausführungen im Rahmen der Haushaltsrede und seiner damit zusammenhängenden Initiative verweist.

Herr Stv. Hesse macht deutlich, dass man sich bei den einzuholenden Informationen nur an hessische Kommunen orientieren möge, die die Doppik anwenden.

Herr Stv. Koch gibt zu bedenken, dass es sich bei einem Bürgerhaushalt nur schwerlich kontrollieren lasse, ob es sich bei den Beteiligten auch tatsächlich um Wahlberechtigte Stadtallendorfs handelt. Herr Stv. Hesse verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass der Begriff Bürgerhaushalt irreführend ist, denn es sollten in der Praxis auch andere Zielgruppen eingebunden werden, die nicht wahlberechtigt sind.

Im Ergebnis der Diskussion verständigt sich der Fachausschuss I darauf, diese Angelegenheit auch unter Einbeziehung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes prüfen zu lassen.

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 11.04.2012 wird zur Kenntnis genommen und zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 03.05.2012 verwiesen.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, bis zum 30. September einen Bericht vorzulegen, in welchen Kommunen welche Modelle eines sogenannten „Bürgerhaushalts“ erprobt wurden und welche Erfahrungen damit gemacht wurden. In dem Bericht ist auch eine Bewertung von Seiten des Magistrats vorzunehmen, ob und in welcher Weise ein „Bürgerhaushalt“ in Stadtallendorf etabliert werden könnte.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu Beschlüsse

**Zu 3 Einrichtung eines Rechnungsprüfungsamtes im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit
Vorlage: FB1/2012/0023/1**

Die Vorsitzende ruft die Vorlage zur Beratung auf. Herr Bürgermeister Somogyi berichtet über die Gespräche mit den Bürgermeistern der Städte Neustadt und Rauschenberg, die die Entscheidung der Stadt akzeptieren würden, zunächst keine eigene Revision im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) zu gründen.

Herr Greib erläutert den Hintergrund der Entstehung dieser Vorlage. Die Prüfung, ob eine eigene Revision – ggf. in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen – günstiger ist, hat jedoch ergeben, dass es günstiger ist, sich weiterhin durch die Revision des Landkreises Marburg-Biedenkopf prüfen zu lassen.

Die Frage des Herrn Stv. Thierau, ob die Stadt für die vergangenen Jahre Gebühren zurück verlangen könne, wird von Herrn Greib mit Verweis auf die

bestehende Gebührenordnung des Landkreises verneint. Zur Sache sprechen auch die Herren Stv. Waldheim, Hille und Erber, die den Verbleib der Stadt beim Landkreis bzw. eine Prüfung durch die Revision des Landkreises Marburg-Biedenkopf vor dem Kostenhintergrund begrüßen.

Herr Stv. Klenner weist darauf hin, dass seitens der CDU-Fraktion noch keine abschließende Meinungsbildung erfolgte, diese werde aber rechtzeitig vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 03.05.2012 abgeschlossen sein.

Beschluss:

Die Stadt Stadtallendorf nimmt zunächst davon Abstand, im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit zusammen mit den Städten Neustadt und Rauschenberg ein gemeinsames Rechnungsprüfungsamt einzurichten.

Abstimmungsergebnis: 7 dafür (4 SPD, 1 GRÜNE, 1 FDP, 1 REP)
6 Enthaltungen (CDU)

Zu 4 Bürgerschaft Nahwärme Erksdorf eG
Vorlage: FB1/2012/0039

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung von Herrn Bürgermeister Somogyi zurückgezogen.

Zu Kenntnisnahmen

Zu 5 Beteiligungsbericht 2011
Vorlage: FB1/2012/0030

Die Vorsitzende ruft die Vorlage zur Beratung auf. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Kenntnisnahme:

Der als Anlage beigefügte Beteiligungsbericht 2011 wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 6 Genehmigung der Haushaltssatzung 2012 durch den Landrat des Landkreises Marburg-Biedenkopf
Verfügung vom 27.03.2012
Vorlage: FB1/2012/0035

Die Vorsitzende ruft die Vorlage zur Beratung auf. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Kenntnisnahme:

Die Genehmigung der Haushaltssatzung 2012 durch Verfügung des Landrates Marburg-Biedenkopf vom 27.03.2012 wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 7

Controlling/Berichtswesen zum 31.12.2011

Vorlage: FB1/2012/0032

Die Vorsitzende ruft die Vorlage zur Beratung auf. Fragen der Herren Stv. Erber und Waldheim zu bestimmten Positionen des Controlling-Berichtes werden beantwortet. Herr Riedl verweist darauf, dass z. B. die Abschreibungen sowie die ertragswirksame Auflösung von Zuweisungen und Zuschüssen sowie die Bildung von Rückstellungen für künftige Umlagen noch nicht vollständig verbucht sind. Insofern handelt es sich bei diesem Bericht um einen vorläufigen Bericht zum 31.12.2011. Letztendlich kann aber davon ausgegangen werden, dass das mit einem Haushaltsdefizit von rd. 3,5 Mio. € im ordentlichen Ergebnis geplante Haushaltsjahr 2011 ausgeglichen bzw. mit einem Überschuss abgeschlossen werden kann.

Kenntnisnahme:

Das als Anlage beigefügte Berichtswesen zum 31.12.2011 wird zur Kenntnis genommen.

Gemäß § 28 der neuen Gemeindehaushaltsverordnung Doppik ist die Gemeindevertretung mehrmals jährlich über den Stand des Haushaltsvollzugs zu unterrichten. Auf Vorschlag der Verwaltung haben Magistrat und Fachausschüsse beschlossen, aus Gründen der Effektivität und der zeitnahen informativen Berichterstattung eine Vorlage mit den Stichtagen 31.05., 31.08. und einen vorläufigen Abschlussbericht mit Stand 31.12. vorzusehen. D.h., in dem Bericht zum 31.12. sind noch nicht alle Ertrags- und Aufwandsbuchungen, die das Wirtschaftsjahr 2011 betreffen, enthalten. Diese werden abschließend in der Jahresrechnung zum Wirtschaftsjahr 2011 dokumentiert. Hierbei handelt es sich überwiegend um zahlungsunwirksame Buchungen, wie Abschreibungen und Zuführung und Auflösung von Rückstellungen.

Mit Einführung des doppischen Haushaltsplans ist auch das Berichtswesen inhaltlich angepasst worden. Das als Anlage beigefügte Berichtswesen beinhaltet neben dem Budgetbericht des jeweiligen Fachbereiches Berichte zu einzelnen Produkten. Die Struktur des Berichtes ist an den Gesamt-/Teilergebnisplan des doppischen Haushaltsplans gem. Gemeindehaushaltsverordnung Doppik angepasst worden. Magistrat und Fachausschuss I erhalten darüber hinaus eine Finanzübersicht über alle Fachbereiche und eine Übersicht der Personalaufwendungen.

Am Ende des Berichtes werden Beispiele zu den einzelnen Ertrags- und Aufwandskonten genannt.

Beratungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

Zu 8

Kinderkrippe Hofwiese Elektroarbeiten; hier: Vergabe

Vorlage: DuI/2012/0008

Die Vorsitzende ruft die Vorlage zur Beratung auf. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Kenntnisnahme:

Die Firma

AGEB Elektroautomatisierungs GMBH
Wickersdorfer Ring 4
35099 Burgwald-Bottendorf

erhält den Auftrag für die Elektroarbeiten in der Kinderkrippe Hofwiese zum Preis von 122.163,07 € brutto.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 9 **Mitteilungen**

Es erfolgen keine Mitteilungen.

Zu 10 **Verschiedenes**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ilona Schaub
Vorsitzende

Klaus-Peter Riedl
Schriftführer